

gymnasium

DIE ZEITSCHRIFT DER
AHS-GEWERKSCHAFT

63. Jahrgang
Januar/Februar 2014
nr. 1

GEWERKSCHAFT
ÖFFENTLICHER DIENST



NEUES LEHRERDIENSTRECHT

Unvollendet ...



Versuche

Nun wurde also doch noch vor Weihnachten die neue Regierung angelobt. Ob es allerdings besonders gescheit war, Wirtschaft und Wissenschaft in einem Ministerium zusammenzuführen, ist zu bezweifeln. Und welchen Stellenwert der ganze Schulbereich in einem Ministerium haben wird, das nun von der bisherigen Beamtenministerin geführt wird, die weiterhin auch die Frauenagenden betreuen will, wird die Zukunft weisen. Lässt vielleicht schon bald die Neubenennung des Ministeriums Schlüsse zu?

Leicht dürfte es die Lehrerschaft mit der neuen Ministerin jedenfalls nicht haben. Sie hatte ja wesentlichen Anteil daran, dass das neue Lehrerdienstrecht, das besonders im AHS/BMHS-Bereich zu einem Downgrading und rund 30 % mehr Arbeit bei gleichem Lohn führt, unter Missachtung aller sozialpartnerschaftlichen Gepflogenheiten durch das Parlament geboxt wurde. Viele, die das Gespenst Gesamtschule bereits als zumindest temporär gezähmt wähnten, erbost die Aussage der Ministerin (PRESSE 20. 12. 2013), weiterhin das Ziel der Etablierung dieser Schulform verfolgen zu wollen, obwohl im Koalitionsabkommen darüber kein Wort steht. Dass im Westen einige Landeshauptleute von Gesamtschul-Modellregionen (womöglich im ganzen Bundesland) samt wissenschaftlicher Begleitung und Evaluierung träumen, macht die Sache nicht besser. Vielleicht sollte man daran erinnern, dass in den vergangenen Jahrzehnten unzählige Schulversuche verschiedensten Inhalts gestartet wurden. Viele behielten den Status Schulversuch und wurden nie ins Regelschulsystem übernommen. Und auch die hochgejubelte NMS wurde trotz früherer Beteuerungen niemals evaluiert, dafür aber an immer mehr Standorten etabliert.

Ist den Verfechtern von Versuchen in Modellregionen die Doppeldeutigkeit des Wortes Versuch bewusst? Bedeutet es ein Experiment mit ungewissem Ausgang oder ein Vorhaben, das nicht gelingt (z. B. Einbruchversuch)? Man hat den Eindruck, dass solche Versuche quasi einen „Mordversuch“ an der in der Bevölkerung sehr beliebten gymnasialen Langform darstellen. Sich dagegen zu wehren, erfordert daher die Geschlossenheit aller an solider Bildung Interessierten.

MP

top thema
CHRONIK DER GELAUFENEN
EREIGNISSE
 Von Mag. Michael Zahradnik

gut zu wissen
WAS IST NEU BEIM KINDER-
BETREUUNGSGELD?
 Von Mag. Andrea Meiser

TAG DES GYMNASIUMS
IN NIEDERÖSTERREICH
 Von Mag. Eva Teimel

im fokus
DER GEHALTSABSCHLUSS FÜR
2014 UND 2015
 Von Mag. Dr. Eckehard Quin

BÜRGERINITIATIVE LEHRER-
DIENTSTRECHT

PRIVATSCHULEN ALS LETZTE
RETTUNG?
 Von Mag. Matthias Hofer

facts statt fakes
 Von Mag. Gerhard Riegler

inhalt 2013

service

menschen
AUSZEICHNUNGEN
UND ERNENNUNGEN

aktuelle seite
DIE DRITTE REPUBLIK
 Von Mag. Dr. Eckehard Quin

nachgeschlagen

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die
 Nr. 2/2014: 28. Februar 2014
 Beiträge bitte per E-Mail an
 office.ahs@goed.at

4

8



9

9

10

12



13

13

17

18

20

22



23

24

18

SEHR GEEHRTE FRAU KOLLEGIN! SEHR GEEHRTER HERR KOLLEGE!

Die Gesamtschule bleibt das Ziel der neuen Unterrichtsministerin. „Es wäre durchaus möglich, dass man entweder ein ganzes Bundesland oder einzelne Regionen als Modellregionen definiert“, sagt sie am 20. Dezember 2013 im „Standard“-Interview: „Dort könnte man die Gesamtschule etablieren. Wenn diese Landeshauptleute an mich herantreten, bin ich sehr dafür, dass wir diese Modellregionen bilden.“

„Nach der Angelobung gilt der neue Pakt auch für Bildungsministerin Heinisch-Hosek. Doch die Tinte auf dem Koalitionsvertrag ist noch nicht einmal trocken und Heinisch-Hosek will den Pakt schon wieder aufschnüren. Wenn sie mit dem vereinbarten Kompromiss nicht mit kann, hätte sie sich nicht angeloben lassen müssen“, richtet ihr tags darauf der neue ÖVP-Generalsekretär Gernot Blümel aus. Zumindest sorgt das Neuregieren auch für Unterhaltung ...

„Keine Hausaufgaben, keine Noten, kein Sitzenbleiben!“, so lautet die Devise der Unterrichtsministerin, glaubt man der Schlagzeile von „Österreich“. Und: „Sobald 15 Eltern das wollen, muss die Schule ganztägigen, verschränkten Unterricht anbieten.“

Wirklich nachdenklich macht mich die Haltung, die sich hinter all dem verbirgt. Es gab Zeiten, in denen galt Bildung als ein begehrenswertes, persönlichkeitsbildendes Gut, das man sich nur unter teils erheblichen Mühen selbst erarbeiten konnte und musste – im Idealfall motiviert und gefördert durch Eltern und LehrerInnen. „Im Gegensatz hierzu ist Schule heute zu einer Art Dienstleistungseinrichtung geworden, in die Steuer zahlende Eltern ihre Kinder schicken, um das Abitur einzulösen: Es sind Betriebe mit der Aufgabe der standardisierten Veredelung des Humankapitals mit Erfolgsgarantie und Rückgaberecht. [...] Jeder Abbrecher, jeder Sitzenbleiber, jeder Durchfaller bezeugt nicht auch Fehlleistungen oder unglückliche Umstände auf Seiten der Schülerschaft, sondern wird stets allein als Versagen einer gleichgültigen und unfähigen Lehrerschaft interpretiert“, schrieb Mathias Brodkorb im Juni 2013. Er hat das Magisterium in Philosophie und Altgriechisch, ist Sozialdemokrat und seit Oktober 2011 Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur – leider in Mecklenburg-Vorpommern ...

Unsere neue Unterrichtsministerin ist dafür flott. BM Gehrler hat acht Jahre benötigt, um sich zu disqualifizieren. BM Dr. Schmied hat es in eineinhalb Jahren geschafft, aber BM Heinisch-Hosek ist dies schon bei Amtsantritt gelungen. Aber wer weiß, was die Zukunft bringt. BM Heinisch-Hosek wünscht sich lt. „Krone“ „eine gute Basis mit den Lehrer-Vertretern“ und konzediert generös: „Gewerkschafter sind auch Menschen.“ Da bin ich jetzt aber froh ...



**DIE REDAKTION WÜNSCHT
EIN ERFOLGREICHES UND
GESUNDES NEUES JAHR!**

Eckehard Q

Mag. Dr. Eckehard Quin,
Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft

Foto: iStock

impresum

gymnasium. Zeitschrift der AHS-Gewerkschaft in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Herausgeber: Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Fritz Neugebauer. Medieninhaber: Die GÖD Wirtschaftsbetriebe Ges. m. b. H., A-1010 Wien, Teinfaltstraße 7. Chefredaktion und für den Inhalt verantwortlich: Mag. Verena Hofer, 1090 Wien, Lackierergasse 7, Tel.: 01/405 61 48, Fax: 01/403 94 88, E-Mail: office.ahs@goed.at. Redaktion, Produktion, Konzeption und Anzeigenverwaltung: Modern Times Media Verlagsges. m. b. H., 4020 Linz, Büro Wien: 1030 Wien, Lagergasse 6/35, Tel.: 01/513 15 50. Hersteller: Niederösterreichisches Pressehaus Druck- und Verlagsges. m. b. H., A-3100 St. Pölten, Gutenbergstraße 12. Verlagsort: Wien. Herstellungsort: St. Pölten. DVR-Nr.: 0046655. Namentlich gekennzeichnete Beiträge unterliegen der Verantwortung des Autors. Die Redaktion behält sich das Recht der Kürzung vor. Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben in dieser Zeitschrift trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Herausgebers und Medieninhabers, der Redaktion oder der Autor/innen ausgeschlossen ist. Die Redaktion behält sich das ausschließliche Recht der Viervielfältigung in jedem technischen Verfahren und der Verbreitung sowie der Verwertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen der zum Abdruck gelangenden Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor.

top thema

MAG. MICHAEL ZAHRADNIK,
STV. VORSITZENDER DER
AHS-GEWERKSCHAFT
michael.zahradnik@goed.at



Foto: iStock

Chronik der gelaufenen Ereignisse

ANALYSE UND AUSBLICK

Auch wenn kaum einer mehr das Wort „Neues Lehrerdienstrecht“ beschwerdefrei hören kann, ist es wichtig, alles noch einmal im Gesamtkontext Revue passieren zu lassen.

Eine Zusammenfassung mit zwei Vorspielen.

VORSPIEL 1

Seit Jahrzehnten strebt die Gewerkschaft eine Abflachung der Gehaltskurven an. Denn beim Berufseinstieg, wenn eine Wohnung besorgt werden muss, Kinder kommen usw., dann verdienen JunglehrerInnen sehr bescheiden. Dafür erhalten sie ganz am Ende ihrer Laufbahn das 2½fache des Einstiegsgehalts. Das ergab eine international unüblich steile Gehaltskurve. Auch unser Dienstgeber hätte gar nichts gegen eine flachere Gehaltskurve mit höheren Anfangsbezügen gehabt. Denn attraktive Lockangebote waren diese Einstiegsgehälter nicht gerade. Allerdings hätte das für etwa 15 Jahre Mehrkosten verursacht – und sich erst danach für den Staat zu rechnen begonnen. Deshalb war es für alle UnterrichtsministerInnen politisch uninteressant.

VORSPIEL 2

Mit der Senkung der Klassenschülerhöchstzahl war erstmals seit langem eine Schulreform eingeleitet worden, die einiges kostete. Die darob verschreckte Regierung versuchte 2009 mit einer Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung um 2 Stunden zu ihrem Traditionsrezept, dass Schulreformen Einsparungen zu sein haben, zurückzufinden. (Das konnte mit einigen Opfern verhindert werden.) Im Zuge dieser Verhandlungen wurde auch eine auf 2 Jahre befristete Erhöhung vorgeschlagen. Denn „derzeit habe man kein Geld“. Auf die Frage, ob man denn nach zwei Jahren mehr Geld habe, meinte man: „Dann haben wir das neue Dienstrecht.“ Womit schon damals angedeutet wurde: Beim neuen Dienstrecht würde es nur um pädagogische Verbesserungen gehen.

DIE VERHANDLUNGEN

Die ersten Runden mehr als ein Jahr nach der Auseinandersetzung um die Erhöhung der Lehrpflicht waren dann geprägt von einem vorsichtigen Wieder-auf-einander-Zugehen. Man diskutierte über tatsächliche Verbesserungen des Schulsystems. Seitens der Gewerkschaft wurde etwa eine deutliche Verbesserung der Vorschulerziehung eingefordert. Die Regierung sondierte in Richtung verstärkter ganztägiger Betreuung bzw. ganztägigen Unterrichts. Das konnte sich die Gewerkschaft durchaus vorstellen. Die nötigen Ressourcen sollten halt ebenso zur Verfügung gestellt werden wie die nötigen Adaptionen an den Gebäuden.

Außer Streit wurde auch gestellt, dass die LehrerInnen im alten System NICHT zu wenig gearbeitet hätten. Nur meinte der Dienstgeber, die Arbeitszeit der LehrerInnen würde derzeit zu viele „Nicht-Lehrer-Tätigkeiten“ beinhalten. Eine Änderung wäre kein Problem, meinte darauf die Gewerkschaft. Allerdings müssten dann Österreichs Schulen in etwa so viele Supportkräfte zur Verfügung stehen wie in den anderen OECD-Ländern. Um da den OECD-Schnitt (laut TALIS-Studie) zu erreichen, müssten dann allerdings etwa 13.000 Arbeitskräfte eingestellt werden. (Erfolgreiche Schulsysteme wie das finnische beschäftigen sogar rund 23.000 Supportkräfte mehr). Der Dienstgeber solle halt eine Liste zusammenstellen, welche Arbeiten künftig eben nicht mehr von LehrerInnen, sondern von den neu anzustellenden Supportkräften erledigt würden.

Es kamen aber weder die „Not-to-do“-Liste noch die Supportkräfte. Am 3. Mai 2012 wurde vielmehr ein Entwurf für ein Neues Dienstrecht (NDR) vorgelegt, der sich insbesondere für künftige AHS-Lehrkräfte nur als gewaltiges Sparpaket darstellte.

Da war etwa die „Erhöhung der Anfangsgehälter“ gleich einmal keine solche. Hatten im Altrecht II-L-Lehrkräfte bisher für eine volle Lehrverpflichtung 2444 Euro erhalten, sollten es künftig 2420 Euro sein. Also eine „Erhöhung“ um minus 24 Euro. Zum „Ausgleich“ würde die Einkommenskurve deutlich abgeflacht, die JunglehrerInnen also später deutlich weniger verdienen. Lag bislang das Höchstgehalt bei 5139 Euro brutto, soll es künftig nur mehr 4330 Euro geben.

Am schlimmsten war aber die deutliche Erhöhung der Unterrichtsstunden. Je nach Fach 2 bis 7 Unterrichtsstunden mehr sollten pro Woche unterrichtet werden. 4 Unterrichtsstunden mehr hießen eine wöchentliche Mehrarbeit von 8 Stunden, also bis zu 36 Stunden Mehrarbeit pro Monat. Bei einer Fächerkombination Deutsch/Englisch käme eine Mehrarbeit von 7 Unterrichtsstunden, also 14 Arbeitsstunden pro Woche, auf die jungen KollegInnen zu – also unbezahlte Mehrarbeit von 56 – 63 Stunden pro Monat. Die Fächerzulage für Schularbeitsfächer konnte dies in keinem Fall auch nur annähernd ausgleichen.

Dazu kamen dutzende „Schmankerln“ im Erstentwurf. Eines der deftigsten: Für Maturaprüfungen sollte künftig NICHTS mehr bezahlt werden. Eine 8. Klasse sollte künftig zwar weiter „verkürzt“ bezahlt werden. All die Arbeit danach (und das konnte etwa bei 2 Englischklassen heißen, über 40 Klausurarbeiten zu korrigieren und kaum weniger mündliche Prüfungen abzuhalten) hätte der Dienstgeber gerne unter „all inclusive“ verbucht – und sich das Bezahlen erspart. Auch sonst wären jede Menge Abgeltungen für Tätigkeiten, die selbstverständlich bisher „mit Arbeit verbunden“ waren, nun plötzlich exklusiv „inklusive“ geworden. Aber wahrscheinlich hatte der Dienstgeber hier nur den Begriff „inklusive Pädagogik“ ein wenig missverstanden. In den folgenden vielen und äußerst zähen Verhandlungsrunden konnten wir einen erheblichen Teil dieser „Nebenprobleme“ zu einigermaßen vernünftigen Regelungen umarbeiten.

An den berüchtigten „Eckpunkten“, insbesondere der deutlich erhöhten Unterrichtsverpflichtung, die nicht durch entsprechende Abgeltung ausgeglichen wird, hielt die Regierung aber im Wesentlichen fest. Sie machte zwar einige „Sidesteps“, indem sie auch bislang schon zu bezahlende Tätigkeiten wie Klassenvorstand oder Förderkurs-Stunden nun in die 24er-Lehrverpflichtung einrechnete. Aber an dem Charakter einer prinzipiellen Kürzung der Bezüge von AHS-LehrerInnen änderte sich dadurch wenig. Auch nach 35 Verhandlungsrunden war das NDR für die Lehrgewerkschaften nicht annehmbar.

ZUSAMMENFASSEND

In dem Entwurf steht NICHTS, was sich in irgendeiner Weise positiv für die Schulkinder auswirken könnte:

Sie haben nicht mehr Unterricht – die Wunden der Gehrer'schen Stundenkürzungen wurden nicht geheilt. Sie haben auch nicht mehr Ganztagsunterricht oder Nachmittagsbetreuung. (Schon gar nicht, wie es für Pflichtunterricht selbstverständlich sein sollte, GRATIS.) Sie haben keineswegs „mehr von ihren LehrerInnen“. Die haben nur mehr Kids zu unterrichten und werden dementsprechend müder, ausgelaugter oder weniger vorbereitet sein. Und AHS-SchülerInnen könnte künftig auch etwas blühen, was dort bisweilen gar nicht üblich war: „fachfremder Unterricht“. Wenn Not an der Lehrkraft ist, soll auch jemand ein Fach unterrichten, das er nie studiert hat. Vom versprochenen Supportpersonal steht im NDR NICHTS. (Damit unser Status als Support-Schlusslicht nicht allzu sehr auffällt, nahm Österreich an der letzten TALIS-Studie halt einfach nicht mehr teil.) Es gibt ein paar vage mündliche Versprechungen, dass mehr Schulpsychologen eventuell kommen sollen. Bis zum Jahr 2025 oder so. Und von 150 Ex-Postlern war auch die Rede. Genauer weiß man allerdings nicht. Und die Postler geistern zunehmend durch alle möglichen unterpersonalisierten Ressorts, vom Fremdenrecht bis zur Schulverwaltung sollen sie künftig ihre hilfreiche Wirkung entfalten. Gesehen hat sie noch keiner. Hier wirkt anscheinend als Ghostbuster der allgemeingültige „Anstellungsstopp im Öffentlichen Dienst“.

Übrig blieb eine kräftige Erhöhung der Arbeitszeit. Insofern ist das NDR durchaus „modern“. Denn im Neoliberalismus gelten Lohndumping und Erhöhung der Arbeitszeit ja als die Modernität schlechthin.

BEGLEITMUSIK

Auch das beliebte Brauchtum Lehrerbashing, das Verschlechterungen bei uns LehrerInnen rituell zu begleiten pflegt, feierte wieder fröhliche Urstände: Was wurden wir nicht als Nichtsteuer mit Dauerferien, als Minderleister im Staatssold durch die angefüllten Kleinformate gewatscht. Der redaktionelle Teil huschte mit Halbwahrheiten auf, und verhaltenoriginelle Poster mit viel Tagesfreizeit übersetzten das dann noch in untergriffigste Schmähungen. Solchen Möglichkeiten zu bössartiger Polemik konnte dann auch so manches Qualitätsorgan nicht widerstehen. Das „profil“ coverte eine „Abrechnung“ mit den Lehrern und ihren Gewerkschaften. („Lehrerinnen“ kamen dabei trotz der Tatsache, dass in unseren Schulen etwa ¾ der Beschäftigten Frauen sind, nicht vor, obwohl der Artikel von zwei Journalistinnen verfasst wurde. Aber auch sonst wurde recht oberflächlich dahingestänkert. Wenn von „Milliarden“ die Schreibe war, waren es in Wirklichkeit Millionen – was aber völlig unwichtig ist, wenn es um die Stimmung geht.)

BRUCH DER SOZIALPARTNERSCHAFT

Und weil unsere Regierung die Stimmung im Boulevard gerne mit der Stimmung in der Bevölkerung verwechselt, schien ihr die Gelegenheit günstig, kurz vor der Wahl den strammen Kerl zu markieren. Entgegen allen sozialpartnerschaftlichen Gepflogenheiten wurde im Sommer ein nicht konsensfähiger Entwurf in Begutachtung geschickt. Und erhielt postwendend rund 1800 nahezu geschlossen negative Stellungnahmen. Was allerdings nichts daran änderte, dass man an den „Grundpfeilern“ festhielt. Bei einer letzten Verhandlungsrunde wurde auch festgestellt, dass nicht einmal alle Stellungnahmen gelesen, geschweige denn berücksichtigt worden waren. Die einzige relevante Änderung war, dass man nun ins Gesetz schrieb, was man zuvor immer schon entrüstet behauptet hatte: Für die derzeit schon Beschäftigten solle das alte Dienstrecht gelten.

Inzwischen waren die Nationalratswahlen geschlagen. Die Regierungsparteien hatten miteinander rund 4,5 % an Stimmen verloren und zusammen knapp über 50 % „daruachelt“. (Zum Vergleich: Das sind um mehr als 30.000 Stimmen weniger als die Kreisky-SPÖ 1979 bei deutlich weniger Wahlbeteiligten ALLEINE erreichte.) Und weil Angeschlagene glauben, jetzt erst recht wild sein zu müssen (das „Angstbeißer-Syndrom“), wurde das NDR nun im Parlament beschlossen (wenn auch nicht von allen Abgeordneten der Regierungsparteien). Daran haben auch Kampfmaßnahmen der Gewerkschaft nichts ändern können: So fanden an AHS und BHS am 5. Dezember 2013 (Symbolkraft: Krampustag 5 vor 12!) österreichweit flächendeckend Dienststellenversammlungen statt. In der Woche vor der Abstimmung im Parlament gab es nahezu keinen Tag, an dem nicht hunderte oder tausende LehrerInnen auf die Straße gingen. Einmal die Junglehrer und Lehramtsstudenten, dann wieder demonstrierten die Salzburger oder Wiener Gymnasien wie die Laaerberg Straße oder die Wasagasse. Nicht verstockte Gewerkschaftsbonzen, sondern eine erzürnte Lehrerschaft stemmte sich gegen diesen Anschlag auf die Qualität unserer Schulen.

Aber das NDR wurde im Nationalrat beschlossen. Und auch die von einigen Gewerkschaftern im Nationalrat eingebrachten Abänderungsanträge, etwa eine Reduktion der Lehrverpflichtung für Schularbeitsfächer in der Oberstufe, waren bestenfalls ein kleines Pflaster auf eine schwärende Wunde, die offen bleibt. Und mit der sich die Gewerkschaft und Lehrerschaft nicht abfinden wird.

STOCKENDE GEHALTSVERHANDLUNGEN

Als Kirsche im Obershäubchen jenes Schmankerlmenüs, das uns unser Dienstgeber gegen Jahresende servierte, kam schließlich noch die Gehaltsrunde für den öffentlichen Dienst. Nachdem dieser schon heuer

eine Nulllohnrunde als Solidarbeitrag geschultert hatte, war die Regierung nicht bereit, diesmal auch nur die Inflationsrate abzugelten. De facto lag ihr Höchstgebot bei einem Prozent und einer Einmalzahlung. Die 1,7 %, die durch die Medien geisterten, gab es so nie wirklich: Denn alles, was über einem Prozent gelegen wäre, hätte bei der nächstjährigen Gehaltsrunde wieder abgezogen werden sollen. Die GÖD hat darauf am 18. Dezember 2013 mit einer machtvollen Demonstration von 40.000 öffentlich Beschäftigten geantwortet. Denn mit einem Prozent wollen sich die vielen Krankenschwestern und Schulwarte, Polizisten und Sekretärinnen, Feuerwehrleute und Finanzbeamtinnen und natürlich auch wir 120.000 LehrerInnen nicht abspesen lassen. Die Lehrer und Lehrerinnen nutzten die Gelegenheit, ebenso lautstark dagegen zu protestieren, dass sie quasi am Vormittag als Lehrkräfte und am Nachmittag nochmals als „Beamte“ gerupft werden sollten.

AUSBLICK

Wir werden auch heuer weiter dagegen ankämpfen, dass arbeitnehmerfeindliche Maßnahmen langsam alles ist, was der Regierung in einem der reichsten Länder der Welt einfällt.

In Sachen NDR läuft derzeit gerade eine Unterschriftensammlung, um per Petition den Nationalrat zu zwingen, sich noch einmal dieser Sache anzunehmen. Und zwar endlich so, dass dabei etwas ZUM BESSEREN verändert werden könnte. In Sachen Gehaltsrunde 2014 werden, wenn dieser Artikel erscheint, bereits neue Verhandlungen stattgefunden haben.

Vor allem sollten wir aber langsam begreifen: Wenn in einem der reichsten Länder der Welt weder die Schulqualität noch die Bezahlung der LehrerInnen weiter in üblicher Qualität angeboten werden kann; wenn in demselben Land 1995 noch 4,3 % des BIP für Bildung aufgewendet wurden, 13 Jahre später aber nur mehr 3,6 %; wenn zwar die Konjunktur anspringt, aber es so viele Arbeitslose wie noch nie gibt; wenn die einen 17 Millionen Abfertigung bekommen und die anderen seit Jahren an Kaufkraft einbüßen; wenn in Griechenland Mütter ihre Kinder in SOS-Kinderdörfern abgeben, weil sie sie nicht mehr ernähren können; wenn in Spanien jeder zweite Jugendliche keinen Arbeitsplatz findet; wenn in Kambodscha Textilarbeiter erschossen werden, weil sie nicht für 70 Euro im Monat 6 mal 12 Stunden arbeiten wollen; und wenn in Österreich Löhne gekürzt werden, damit „der Standort Österreich“ mit solchen Ländern „mithalten“ kann, dann ist in der reichsten Welt, die es je gab, etwas ganz und gar nicht in Ordnung. Und wir sollten schnellstens darangehen, das zu verändern. Gerade als LehrerInnen, die Kinder für ein Leben in der Zukunft fit machen sollen, sollten wir auch dafür Sorge tragen, dass diese Zukunft eine lebenswerte ist. ■

MAG. ANDREA MEISER,
VORSITZENDE DER LANDES-
LEITUNG OBERÖSTERREICH
andrea.meiser@goed.at



Bezugsdauer	
Pauschalsystem	Einkommensabhängiges KBG
Variante 1: 30 + 6 Monate	12 + 2 Monate
Variante 2: 20 + 4 Monate	
Variante 3: 15 + 3 Monate	
Variante 4: 12 + 2 Monate	

Was ist neu beim Kinderbetreuungsgeld?

Eine Novelle zum Kinderbetreuungsgeldgesetz bringt kleine, aber feine Verbesserungen ab 2014.

Das Kinderbetreuungsgeldgesetz bietet die Möglichkeit, aus zwei Systemen zu wählen:

1. Pauschalleistung (4 Varianten): Das pauschale Kinderbetreuungsgeld erhalten Eltern unabhängig von einer vor der Geburt des Kindes ausgeübten Erwerbstätigkeit.

2. Einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld: Bei diesem Bezugsmodell haben jene Eltern, die sich nur für kurze Zeit aus dem Berufsleben zurückziehen wollen und über ein höheres Einkommen verfügen, die Möglichkeit, in dieser Zeit einen Einkommensersatz zu erhalten. (siehe Tabelle oben)

DIE WICHTIGSTEN NEUERUNGEN AB 1. JÄNNER 2014 IM ÜBERBLICK

• Wahl des Systems (und der Variante)

Die Wahl des Systems (und der Variante) ist bei der erstmaligen Antragstellung zu treffen und ist auch für den zweiten Elternteil bindend. Künftig können Eltern die gewählte Variante ändern, indem sie ihrem Krankenversicherungsträger innerhalb von 14 Kalendertagen ab erstmaliger Antragstellung schriftlich die Änderung der Variante bekannt geben.

• Erhöhung der Zuverdienstgrenze beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld

Die Zuverdienstgrenze beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld wird auf 6.400,00 Euro pro Kalenderjahr erhöht. Damit wäre ein geringfügiges Dienstverhältnis (Geringfügigkeitsgrenze 2014: 395,31 Euro brutto monatlich) zulässig.

• Erhöhung der Zuverdienstgrenze bei der Beihilfe zum pauschalen Kinderbetreuungsgeld

Eltern mit geringem Einkommen können die Beihilfe in

der Höhe von 6,06 Euro pro Tag beantragen. Anspruch haben **Alleinerziehende**, die nicht mehr als 6.400,00 Euro im Kalenderjahr verdienen (bis 2013 waren es 6.100,00 Euro). Anspruch haben **Elternteile**, die in Ehe oder Lebensgemeinschaft leben: Der Elternteil, der KBG bezieht, darf nicht mehr als 6.400,00 Euro verdienen, der zweite Elternteil bzw. Partner nicht mehr als 16.200,00 Euro im Kalenderjahr.

• Vereinfachung bei der Zuverdienstberechnung

Für Bezugszeiträume ab 1. 1. 2010 gelten als Anspruchsmomente nur jene Kalendermonate, in denen **an allen Kalendertagen** Kinderbetreuungsgeld bezogen wird.

• Einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld – Auszahlung trotz Gerichtsverfahren

Um einkommensabhängiges KBG beziehen zu können, muss man sechs Monate vor Geburt des Kindes eine sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit ausüben. Wer diese spezielle Voraussetzung nicht erfüllt, kann entweder auf das Pauschalmodell 12+2 umsteigen oder bei Gericht klagen. Im Fall der Klage gab es bisher kein KBG. **Neu ab 1. 1. 2014** ist, dass **während des Gerichtsverfahrens** das **Kinderbetreuungsgeld** dennoch bis zur Beendigung des Gerichtsverfahrens **bezahlt** wird. Voraussetzung dafür ist ein Antrag beim Krankenversicherungsträger. Dieses „vorläufig“ ausbezahlte Kinderbetreuungsgeld wird in der Pauschalvariante 12+2 ausbezahlt. Es wird auf ein allfälliges, nach Beendigung des Gerichtsverfahrens ausbezahltes Kinderbetreuungsgeld angerechnet. Diese Regelung gilt für erstmalige Kinderbetreuungsgeld-Antragstellungen ab 1. 1. 2014.

Weitere Informationen zu den beiden Systemen kann man auch unter www.bmwfj.gv.at nachlesen. ■



MAG. EVA TEIMEL,
VORSITZENDE DER LANDESSCHULLEITUNG NIEDERÖSTERREICH
eva.teimel@goed.at



Tag des Gymnasiums in Niederösterreich

Am Freitag, dem 8. November 2013 fand in zahlreichen Bundesländern der „Tag des Gymnasiums“ statt. Niederösterreich war auch heuer wieder voll im Einsatz.

Bereits zum zweiten Mal fand am Freitag, dem 8. November 2013 der von Gewerkschaft und Direktorenverband organisierte Tag des Gymnasiums statt. An allen 60 Schulstandorten wurden bunt gemischte Aktivitäten gezeigt, die die Vielfältigkeit des Erfolgsmodells „Gymnasium“ präsentierten.

VIelfalt verleihT flügel

Am selben Tag fand aus diesem Anlass in St. Pölten auch eine Pressekonferenz statt. Landesschulratspräsident HR Hermann Helm stellte in seinem Eingangsstatement klar: Das Gymnasium ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Schullandschaft, die Wahlfreiheit der Eltern muss erhalten bleiben! Wichtiger als die Organisationsfrage sei die Arbeit der LehrerInnen mit den Kindern und Jugendlichen in der Klasse, und diese verdiene mehr Wertschätzung. Landeschulinspektor HR Rainer Ristl zeigte anhand aktueller Zahlen die leicht steigende Entwicklung der Schülerzahlen an den niederösterreichischen Gymnasien auf - sowohl in der Unter- als auch in der Oberstufe: 35.000 SchülerInnen werden von circa 3.000 ProfessorInnen in 60 Gymnasien mit den verschiedensten Schwerpunkten (naturwissenschaftlich, sprachlich, musikalisch, sportlich u. v. m.) unterrichtet. Kein einziger Standort sei aus der Schullandschaft in Niederösterreich wegzudenken. Barbara Borns aus der Landeselternvertretung forderte mehr Beratung für Eltern, z. B. durch Potenzialanalysen als Entscheidungshilfe, damit die Kinder entsprechend ihren persönlichen Talenten die für sie am besten passende Schule finden, wo sie weder unter- noch überfordert sind. Borns dazu: "Das Gymnasium ist die beste Schu-

le für Kinder, die gern und eigenständig lernen, die beste Vorbereitung auf alle weiterführenden Studien." Darin waren sich auch die Lehrervertreterin Eva Teimel und Tobias Vees, Maturant und Schüler des humanistischen Gymnasiums in Baden, einig. Sein Statement zeigte von Schülerseite die Bedeutung des Gymnasiums: „Das Wort ‚Schule‘ kommt aus dem Altgriechischen und bedeutet ‚freie Zeit‘, und dieser Ursprungsbedeutung wird das Gymnasium nach über 2.000 Jahren immer noch gerecht – aber auf eine andere Weise. Früher sind Schüler in ihrer ‚Frei-Zeit‘ in die Schule gegangen, heute können Schüler ihre ‚Frei-Zeit‘ im Rahmen von so vielen zusätzlichen Angeboten mit der Schule gestalten, weil sie sich als einzelnes Individuum in ihren Stärken und in dem, was ihnen Spaß macht, entfalten können.“ Die Direktorenvertreterin Isabella Zins warnte davor, leistungsstarke SchülerInnen durch Abschaffung des Unterstufengymnasiums zu bremsen: "Talente brauchen Entfaltungsmöglichkeiten. Was im Bereich Sport und in der Musik selbstverständlich ist, gilt auch für die Schule: Spitzenleistungen sind nur durch spezielle Förderung in einem vielfältigen System möglich!" Zuletzt drückte Landesschulsprecher Yannic Mörth aus, was allen Diskutanten auf dem Podium auf dem Herzen lag: Er verband seinen Appell an die Bundespolitik, das Gymnasium zu erhalten, mit der Forderung nach mehr Ressourcen statt Sparen auf dem Rücken der SchülerInnen: "Das Gymnasium verdient beste Rahmenbedingungen und darf nicht finanziell ausgehungert werden." Niederösterreich erwartet sich, dass dies auf Bundesebene, vor allem vom Verhandlungsteam der Regierungsparteien, gehört wird. ■

MAG. DR. ECHEHARD QUIN,
VORSITZENDER DER
AHS-GEWERKSCHAFT
eckehard.quin@goed.at



Der Gehaltsabschluss für 2014 und 2015

Das ursprüngliche Angebot des Dienstgebers lautete: 1,0 Prozent staffelwirksame Gehaltserhöhung, 0,5 Prozent Einmalzahlung. Der Regierungsvorschlag von Mitte Dezember 2013 hätte zwar eine staffelwirksame Erhöhung von 1,6 Prozent gebracht. Allerdings bestand die Regierung darauf – und das war in den Medien kaum zu lesen –, dass die Erhöhung über 1 Prozent – also 0,6 Prozentpunkte – bei der Gehaltserhöhung für 2015 zu subtrahieren ist. Nun konnte die Gewerkschaft öffentlicher

Dienst nach extrem schwierigen Verhandlungen folgenden Abschluss erzielen: Die Gehälter steigen ab 1. März 2014 staffelwirksam zwischen 1,55 und 2,53 Prozent. Nebengebühren und Zulagen werden durchgehend um 2,02 Prozent erhöht. Das gilt bis 28. Februar 2015. Danach werden die Gehälter um die volle Jahresinflationsrate zuzüglich 0,1 Prozentpunkte erhöht. Dieser Teil des Abkommens gilt für den Zeitraum von 1. März bis 31. Dezember 2015.

Die neuen Gehaltstabellen, gültig ab 1. März 2014, im Detail:

Beamtete LehrerInnen						
Gehaltsstufe	Verwendungsgruppe					
	L 3	L 2b 1	L 2a 1	L 2a 2	L 1	L PH
	Euro					
1	1.558,4	1.715,7	1.860,7	1.985,9	-	2.402,9
2	1.582,3	1.745,6	1.915,1	2.044,5	2.217,0	2.402,9
3	1.606,1	1.774,8	1.969,2	2.103,3	2.292,6	2.402,9
4	1.629,9	1.805,2	2.024,5	2.161,9	2.367,0	2.601,3
5	1.653,6	1.837,4	2.078,9	2.220,5	2.474,8	2.799,7
6	1.690,7	1.923,2	2.189,6	2.338,1	2.655,1	2.998,4
7	1.748,7	2.010,6	2.304,3	2.480,3	2.836,2	3.197,3
8	1.809,2	2.099,2	2.418,4	2.622,0	3.016,8	3.397,2
9	1.873,7	2.188,3	2.549,0	2.785,7	3.197,5	3.597,9
10	1.940,7	2.276,4	2.679,8	2.949,5	3.379,9	3.798,4
11	2.008,5	2.365,0	2.810,7	3.113,5	3.562,1	3.998,2
12	2.077,0	2.486,6	2.941,1	3.278,1	3.744,3	4.198,5
13	2.144,8	2.607,2	3.072,7	3.443,0	3.926,5	4.398,7
14	2.213,1	2.728,8	3.203,2	3.608,4	4.108,7	4.599,2
15	2.308,0	2.849,6	3.335,4	3.773,6	4.291,1	4.799,3
16	2.402,3	2.957,5	3.451,4	3.920,4	4.473,5	5.065,4
17	2.496,1	3.069,4	3.572,8	4.073,7	4.656,3	5.332,3
17+Daz	2.636,80	3.237,25	3.754,90	4.303,65	-	-
18	-	-	-	-	4.909,3	5.598,7
18+Daz	-	-	-	-	5.288,8	5.998,3

VertragslehrerInnen Entlohnungsschema I L						
Entlohnungsstufe	Entlohnungsgruppe					
	I ph	I 1	I 2a 2	I 2a 1	I 2b 1	I 3
	Euro					
1	2.503,8	2.268,4	2.068,0	1.936,4	1.773,9	1.599,5
2	2.503,8	2.340,5	2.128,7	1.992,6	1.805,4	1.626,1
3	2.503,8	2.412,7	2.189,3	2.049,1	1.838,6	1.651,7
4	2.710,0	2.492,7	2.250,2	2.105,8	1.872,2	1.678,1
5	2.916,8	2.666,0	2.310,5	2.162,2	1.907,4	1.704,3
6	3.123,4	2.847,9	2.434,5	2.277,3	1.998,9	1.745,2
7	3.330,8	3.029,9	2.582,6	2.396,8	2.092,1	1.808,4
8	3.539,2	3.206,1	2.730,1	2.514,7	2.184,8	1.875,9
9	3.748,4	3.389,3	2.900,3	2.650,3	2.277,0	1.946,1
10	3.958,0	3.577,7	3.070,6	2.786,6	2.369,6	2.017,3
11	4.167,7	3.744,3	3.243,3	2.924,4	2.461,5	2.089,3
12	4.378,8	3.926,5	3.416,8	3.061,2	2.588,1	2.159,9
13	4.588,5	4.108,7	3.589,5	3.199,4	2.715,0	2.232,2
14	4.798,6	4.291,1	3.762,8	3.338,2	2.841,3	2.304,5
15	5.009,0	4.473,5	3.936,0	3.476,6	2.967,7	2.403,0
16	5.301,8	4.650,1	4.089,7	3.597,4	3.079,5	2.501,3
17	5.580,4	4.880,6	4.251,7	3.726,0	3.196,6	2.598,5
18	5.859,5	4.880,6	4.423,9	3.863,3	3.322,7	2.696,1
19	6.137,1	5.225,8	4.581,5	3.987,7	3.437,3	2.793,7

VertragslehrerInnen Entlohnungsschema II L		
Entlohnungsgruppe	Unterrichtsgegenstände der Lehrverpflichtungsgruppe	für jede Jahreswochenstunde
		Euro
I ph		2.275,2
I 1	I	1.744,8
	II	1.652,4
	III	1.570,8
	IV	1.365,6
	IVa	1.428,0
	IVb	1.461,6
	V	1.308,0
I 2a 2		1.155,6
I 2a 1		1.081,2
I 2b 1		954,0
I 3		872,4

Erzieherzulage					
Verwendungsgruppe	Zulagenstufe				
	1	2	3	4	5
L 1	450,7	495,1	570,0	644,6	719,3
L 2a	402,8	434,4	493,2	562,3	633,7
L 2b	326,7	373,4	424,7	439,3	466,1
L 3	287,4	301,6	328,5	358,2	388,2

LeiterInnen von Unterrichtsanstalten §106 LDG				
Verwendungsgruppe	Dienstzulagenstufengruppe	in den Gehaltsstufen		
		1 bis 8	9 bis 12	ab 13
		Euro		
L 2a 2	I	561,5	600,0	637,0
	II	522,9	559,5	593,7
	III	430,4	460,8	488,7
	IV	383,4	410,0	435,8
	V	257,6	275,1	292,1
	VI	214,5	229,2	243,5

SchulaufsichtsbeamtlInnen neu		
Gehaltsstufe	Verwendungsgruppe	
	SI 1	SI 2
	Euro	
1	5.919,4	4.962,6
2	6.471,6	5.589,1
3	7.172,8	6.121,5

FachinspektorInnen neu			
Gehaltsstufe	Verwendungsgruppe		
	FI 1	FI 2	
	Euro		
1	4.744,9	3.991,5	
2	5.194,2	4.482,8	
3	5.754,8	4.911,5	

LeiterInnen von Unterrichtsanstalten				
Dienstzulagenstufengruppe		in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsst. 13
		1 bis 8	9 bis 12	
		Euro		
L PH	I	858,5	917,4	974,1
	II	772,3	826,3	876,7
	III	686,4	733,9	779,2
	IV	600,3	642,1	682,7
	V	515,0	549,8	583,8
		2 bis 9	10 bis 13	ab GSt. 14
L 1	I	765,5	818,3	868,6
	II	688,8	737,1	781,9
	III	612,0	655,2	695,0
	IV	535,2	572,8	608,4
	V	459,4	490,5	521,0
		1 bis 8	9 bis 12	ab GSt. 13
L 2a 2	I	349,9	378,4	407,5
	II	287,1	309,6	333,3
	III	230,7	248,1	265,5
	IV	192,9	206,9	221,2
	V	160,6	172,3	184,2
I 2a 1 I 2b 1	I	272,3	297,5	320,4
	II	229,7	249,3	266,1
	III	191,7	207,3	221,6
	IV	159,9	173,9	184,2
	V	115,3	124,3	132,6
		1 bis 10	11 bis 15	ab GSt. 16
L 3	I	216,0	220,4	234,7
	II	159,9	165,7	177,6
	III	150,0	153,4	162,9
	IV	107,8	110,8	117,6
	V	75,2	76,7	80,8
	VI	52,3	55,0	59,7

SchulaufsichtsbeamtlInnen		
Gehaltsstufe	Verwendungsgruppe	
	S 1	S 2
	Euro	
1	4.153,7	3.252,8
2	4.362,7	3.402,6
3	4.571,9	3.552,3
4	4.781,0	3.701,9
5	4.990,0	3.851,7
6	5.199,6	4.102,4
7	5.408,2	4.353,3
8	5.663,7	4.603,6
9	5.956,9	4.854,6
10	6.251,0	5.105,5
10 + Daz	6.692,2	5.481,9

„Ich will einmal die beste Lehrerin und den besten Lehrer!“



Bürgerinitiative für ein modernes, attraktives
und leistungsorientiertes Lehrerdienstrecht

Unterschreiben ist kinderleicht!

www.anliegen.at

MAG. MATTHIAS HOFER,
PRESSESPRECHER DER
AHS GEWERKSCHAFT
matthias.hofer@goed.at



Privatschulen als letzte Rettung?

Vom angeblichen Segen privater Schulen bleibt bei genauer Betrachtung von internationalen Studien nicht sehr viel übrig.



Foto: iStock

Privatschulen als letzte Rettung? So titelte die Tageszeitung „Die Presse“ vom 16.12.2012 einen Artikel¹, in dem die Redakteurinnen Julia Neuhauser und Bernadette Bayhammer der Frage nachgehen, warum Privatschulen im Vergleich zu öffentlichen Schulen ein deutlich besserer Ruf voraussetzt.

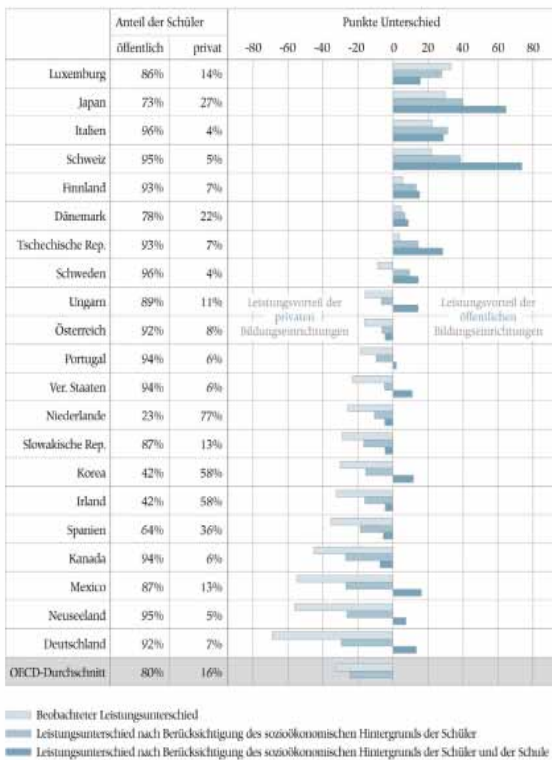
Als jemand, der die letzten 14 Jahre in katholischen Privatschulen in Wien gearbeitet hat, las ich besagten Artikel natürlich mit großem Interesse, aber schon nach wenigen Zeilen folgte die Ernüchterung. Auch

darin werden wieder einmal die größten Irrtümer über Privatschulen transportiert, die es zu korrigieren gilt:

- Weder können in Privatschulen Eltern die Lehrer² ihrer Kinder auswählen, noch können dies die Direk-

¹ Siehe: <http://diepresse.com/home/bildung/schule/1324560/Privatschulen-als-letzte-Rettung> [6. 8. 2013]

² Geschlechtsbezogene Bezeichnungen umfassen gleichermaßen Personen weiblichen und männlichen Geschlechts.



Grafik 1: Leistungsvergleich von öffentlichen und privaten Schulen im Bereich Mathematik bei PISA 2003

tionen in Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht. Und selbst Privatschulen ohne Öffentlichkeitsrecht müssen sich in Zeiten des Lehrermangels wohl nach der Decke strecken.

- Keineswegs sitzen in Privatschulen ausschließlich Kinder aus „Upper-Class-Familien“. Die konfessionellen Privatschulen – sie stellen den mit Abstand größten Anteil – haben diverse Unterstützungssysteme für Kinder aus finanzschwächeren Familien oder gehen, wie etwa das Privatgymnasium in der Friesgasse im 15. Wiener Gemeindebezirk, ganz gezielt in so genannte Brennpunktbezirke.
- Und natürlich sind auch Privatschulen von diversen mehr oder weniger sinnvollen Reformen betroffen – der Preis für das Öffentlichkeitsrecht.

INTERNATIONALER TREND: ÖKONOMISIERUNG DER BILDUNG

Weltweit beobachtet man den politischen Drang zu einer stärkeren Privatisierung öffentlicher Aufgabenbereiche. Auch das Schulwesen scheint davon nicht mehr ausgenommen zu sein. Die Klage über die angeblich geringe Effizienz des öffentlichen Bildungswesens und seine angeblich unzureichende Fähigkeit,

auf die veränderten Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft angemessen zu reagieren, sind Dauerbrenner in der medialen Berichterstattung. Zwar gibt es (noch) keinen international einheitlichen Trend in Richtung Bildungsprivatisierung, doch sind in vielen Ländern unzweifelhafte Indizien für eine wachsende politische Bereitschaft zu erkennen, den „dritten Sektor“ im Bildungsbereich zu stärken.

„Auf den ersten Blick scheint dies auch eine aussichtsreiche Strategie zu sein. So lässt sich z. B. dem PISA 2000-Bericht der OECD entnehmen, dass in 14 von 17 Ländern Schulen in privater Trägerschaft ein höheres Leistungsniveau erreichen als öffentliche Schulen. [...] Zwar wird relativierend darauf hingewiesen, dass sich staatliche und private Schulen im Allgemeinen auch beim sozioökonomischen Status der Schülerschaft unterscheiden, auf die Berechnung um Sozialschicht-einflüsse (und andere Merkmale der Schülerpopulation) bereinigter Leistungsergebnisse wird jedoch verzichtet“, stellen Corinna Preuschoff und Manfred Weiß fest.³

Verschiedene neuere Studien nutzen die Möglichkeit, die Datensätze aus internationalen Schulleistungsuntersuchungen bieten, zum Leistungsvergleich zwischen öffentlichen und privaten Schulen (z. B. Somers/McEwan/Willms, 2004; Dronkers/Robert 2008). Abgesehen von den zum Teil sehr kleinen nationalen Privatschulstichproben ist der Aussagegehalt dieser Studien auch deshalb stark eingeschränkt, weil darin über alle Länder hinweg ein Durchschnittseffekt berechnet wird. Unterstellt wird damit ein von länderspezifischen Gegebenheiten weitgehend unabhängiger Privatschuleffekt. Beim internationalen Vergleich von Privatschulsystemen zeigen sich jedoch beträchtliche Unterschiede in der Rolle und Größe des Privatschul-sektors, seiner Profilstruktur sowie seiner Finanzierungs- und Regulierungsmodalitäten.⁴

So untersuchte Vincent Vandenberghes⁵ die Leseleistungen 15-jähriger Schülerinnen und Schüler an staatlichen Schulen, staatsabhängigen Privatschulen (mit Öffentlichkeitsrecht) und staatsunabhängigen Privatschulen (ohne Öffentlichkeitsrecht) innerhalb ausgesuchter OECD-Länder. Der Autor konnte dabei keinen systematischen, überregional gültigen Effekt zugunsten einer der drei Schultypen ermitteln. Während in Belgien, Frankreich, Irland und Spanien staatsabhängige Privatschulen staatlichen Schulen leistungsmäßig unterlegen sind, fällt das Ergebnis für die staatsabhängigen Privatschulen in der Schweiz, Österreich, Japan und Mexiko umgekehrt aus. Sehr deutlich zeigt diesen Befund auch Grafik 1⁶. Und trotzdem werden die OECD und ihre Getreuen nicht müde, immer und immer wieder auf das Hohelied der Privatisierung des Bildungsbereichs zu singen.

Auch Jaap Dronkers und Peter Robert⁷ vergleichen anhand des internationalen PISA-Datensatzes die Leistungen von Schülern in staatlichen, staatsabhängigen und staatsunabhängigen Privatschulen über alle OECD-Länder hinweg. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass nach Kontrolle wesentlicher Merkmale der Schülerzusammensetzung staatsunabhängige Privatschulen keinen Leistungsvorteil gegenüber staatlichen Schulen aufweisen. Weniger eindeutig fallen die Resultate bei einem Vergleich staatsabhängiger Privatschulen und staatlicher Schulen aus. Während sich im Lesen – unter Berücksichtigung aller Kontrollvariablen – ein schwach signifikanter Effekt zugunsten der staatsabhängigen Privatschulen zeigt, lässt sich für Mathematik kein Privatschuleffekt nachweisen. Den geringen Leistungsvorteil staatsabhängiger Privatschulen führen die Autoren vor allem auf schulorganisatorische Faktoren in Verbindung mit der besonderen religiösen Prägung der Schulen zurück.

WALDORF-SCHULEN IN ÖSTERREICH BEI PISA 2006

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine spezielle Auswertung⁸ der PISA 2006-Daten durch das BIFIE, in der die Kompetenzen der Waldorf-Schüler im Vergleich zu denen der Schüler des österreichischen Regelschulwesens untersucht wurden. Die Waldorfschulen, als einzige größere Gruppe von Alternativschulen in Österreich, unterscheiden sich in schulorganisatorischen, pädagogischen und didaktischen Merkmalen erheblich von den Regelschulen. Deshalb kommt den Ergebnissen aus dem Vergleich mit österreichischen Regelschulen eine besondere Bedeutung zu.

Waldorfschulen werden auf Initiative von Eltern oder Lehrpersonen gegründet und von den Lehrpersonen, ohne die Instanz eines Direktors, selbst verwaltet. Es handelt sich um Einheits- bzw. Gesamtschulen von der 1. bis zur 12. Schulstufe, wobei eine Klasse von der 1. bis zur 8. Schulstufe im Normalfall vom selben Lehrer unterrichtet wird. Der Besuch einer Waldorfschule ist durch einen notenfreien Bildungsweg bis zum Ende der 12. Klasse gekennzeichnet. Statt Zeugnisnoten – in der österreichischen Regelschule der Normalfall – erhalten die Waldorfschüler eine Verbalbeurteilung. Der Lehrstoff ist in Epochen gegliedert und wird weitgehend ohne Benützung von Schulbüchern vermittelt. Mit dem Epochenunterricht bricht die Waldorfschule auch mit der üblichen Struktur des Regelschulwesens, nach jeweils 50 Minuten in ein anderes Fach zu wechseln. Epochaler Unterricht erfolgt, indem täglich etwa zwei Stunden lang über einen Zeitraum von ca. vier Wochen derselbe Themen- oder Fachbereich (z. B. Mathematik,

Muttersprache, Sachunterricht) den Unterrichtsinhalt bestimmt.

Die Schüler der Waldorfschulen unterscheiden sich in einigen bedeutenden Merkmalen wie Geschlechterverteilung, sozioökonomischem Status und Bildungsniveau der Eltern von Jugendlichen des Regelschulwesens. In den Erhebungen für PISA 2006 lag der Mädchenanteil mit rund 58 % in den Waldorfschulen signifikant höher als in der PISA-Stichprobe (49 %). Der sozioökonomische Status der Waldorfschüler, der aus dem Beruf der Eltern abgeleitet wurde, liegt mit durchschnittlich 62 Statuspunkten um 14 Punkte signifikant über dem Durchschnittswert der Schüler des österreichischen Regelsystems. Grundsätzlich handelt es sich bei den Waldorfschülern in Bezug auf den sozioökonomischen Status um eine homogene Gruppe, die im Vergleich zur Schülerschaft der anderen Schulsparten die geringste Streuung bezüglich des sozioökonomischen Status aufweist.

Für die Naturwissenschafts-Kompetenz kann bei PISA 2006 zum ersten Mal die Leistungsverteilung in Form von Kompetenzstufen präsentiert werden. Grafik 2 (siehe S. 16) stellt hierfür die prozentuellen Anteile der Waldorfschüler in den sechs naturwissenschaftlichen Leistungslevels der österreichischen Gesamtstichprobe und den österreichischen Schulsparten gegenüber. Bei der Naturwissenschafts-Kompetenz werden sechs aufsteigende Kompetenzstufen (1–6) unterschieden. Als Risikogruppe gelten Schüler auf Kompetenzstufe 1 und darunter. Zur Spitzengruppe in Naturwissenschaft zählen Schüler auf Kompetenzlevel 5 und 6.

Die Waldorfschüler liegen bei PISA 2006 mit einem Lesemittelwert von 501 Punkten 11 Testpunkte über dem Gesamtmittelwert von Österreich und im OECD-Schnitt von 500. Der Leistungsvorsprung der AHS-Schüler aber beträgt über 60 Testpunkte und jener der BHS-Schüler mehr als 40 Testpunkte.

Auch für Lesen kann die Leistungsverteilung in Form von Kompetenzstufen dargestellt werden. Grafik 3 (siehe S. 16) zeigt für PISA 2006 die prozentuellen

³ Preuschhoff, Corinna; Weiß, Manfred: Schulleistungen in staatlichen und privaten Schulen im Vergleich – eine Übersicht über neuere Forschungsergebnisse, Trends in Bildung international (2004) 8, S. 1–4

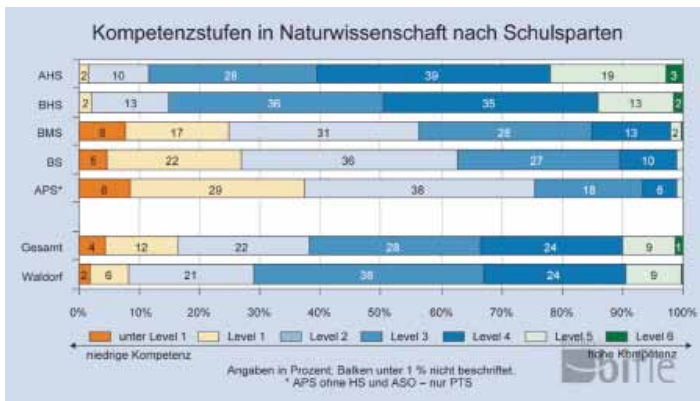
⁴ Vgl. Weiß, Manfred: Allgemeinbildende Privatschulen in Deutschland, Schriftenreihe des Netzwerk Bildung, Friedrich Ebert Stiftung, Berlin, 2011, Seite 42

⁵ Vandenbergh, Vincent: Private Government-Dependent and Public schools. An international Effectiveness Analysis, IRES-ECON-UCL, 2003

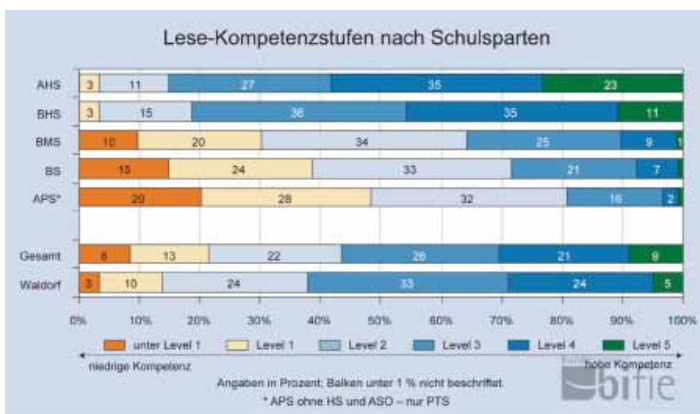
⁶ Siehe: Weiß, Manfred: Allgemeinbildende Privatschulen in Deutschland, Schriftenreihe des Netzwerk Bildung, Friedrich Ebert Stiftung, Berlin, 2011, Seite 43

⁷ Dronker, Jaap; Robert, Peter: Differences in Scholastic Achievement of Public, Private Government-Dependent, and PrivateIndependent Schools, <http://epx.sagepub.com/content/22/4/541.abstract> [9. 8. 2013]

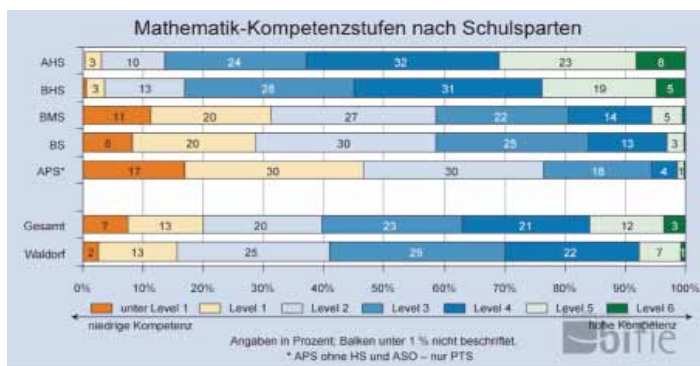
⁸ Wallner-Paschon, Christina: Kompetenzen und individuelle Merkmale der Waldorfschüler/innen im Vergleich, in: PISA 2006: Österreichischer Expertenbericht zum Naturwissenschafts-Schwerpunkt, <http://www.bifie.at/print/863> [23. 8. 2013]



Grafik 2: Deutlicher Unterschied zwischen AHS bzw. BHS einerseits und den Waldorfschulen andererseits im Bereich „Naturwissenschaften“



Grafik 3: Deutlicher Unterschied zwischen AHS bzw. BHS einerseits und den Waldorfschulen andererseits im Bereich „Lesen“



Grafik 4: Deutlicher Unterschied zwischen AHS bzw. BHS einerseits und den Waldorfschulen andererseits im Bereich „Mathematik“

Anteile der Waldorfschüler in den fünf Leseleistungslevels im Vergleich zu den österreichischen Schularten und Österreich insgesamt. In der Lese-Kompetenz werden fünf aufsteigende Kompetenzstufen (1–5) unterschieden. Als Risikogruppe gelten Schüler auf Kompetenzstufe 1 und darunter. Zur Spitzengruppe in Lesen zählen Schüler im Kompetenzlevel 5.

Auch in der Mathematik wurden die Schülerleistungen verglichen. Grafik 4 vergleicht die prozentuellen Anteile von Waldorfschülern in den Kompetenzstufen von Level 1 bis Level 6, wobei die besten Schüler in Mathematik auf Level 5 und 6 (Spitzenschüler) und die schwächsten auf Level 1 und darunter (Risikoschüler) mit jenen der Schüler aus den verschiedenen österreichischen Schulparten sowie der Gesamtstichprobe der österreichischen Regelschulen verglichen werden. In Anbetracht der Tatsache, dass das Bildungsniveau der Eltern von Waldorfschülern sowie ihr sozioökonomischer Status überdurchschnittlich hoch ist und sie bei PISA 2006 diesbezüglich noch dazu die geringste in Österreich festgestellte Streuung aufweisen, sind die Ergebnisse bescheiden, um es sehr vorsichtig zu formulieren. Zumindest bei den Waldorf-Schulen wird deutlich, dass Finanzkraft und hohes Bildungsniveau der Eltern allein sicher kein Garant für gute Schulleistungen sind. Da bedarf es wohl doch mehr ...

WARE BILDUNG?

Whoin die Ökonomisierung von Bildung führen kann, beschreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 19. August 2013 in ihrer Onlineausgabe am Beispiel von Schweden: „Hinter Kunskapsskolan steckt ein kommerzielles Schulunternehmen, das 36 Schulen in Schweden betreibt. Nicht nur Kunskapsskolan, sondern ungefähr zwei Drittel der freien Schulen in Schweden arbeiten gewinnorientiert. [...] Glaubt man der Bildungsunternehmerin, so ist die Mentalität der Pädagogen hier eine andere. Deren Gehalt bemisst sich daran, wie Schüler und Eltern sie bewerten. [...] Die leistungsabhängige Bezahlung ist für Carnefeldt der Hauptgrund für bessere Schülerleistung. [...] Kunskapsskolan exportiert mittlerweile sein Unterrichtsmodell in die Vereinigten Staaten, nach England und neuerdings auch nach Indien.“

Wie „gut“ Schweden mit dieser Art von Bildungspolitik fährt, hat sich vor einigen Monaten auch in Form von gewalttätigen Ausschreitungen Jugendlicher in den Vorstädten von Malmö, Göteborg und Stockholm gezeigt. Aber wahrscheinlich gab es in diesen Gegenden einfach nur keine Schulen von Kunskapsskolan ...

facts statt fakes

MAG. GERHARD RIEGLER,
MITGLIED DER BUNDESLEITUNG
gerhard.riegler@goed.at



11 der 28 EU-Staaten haben an PIRLS 2006, TIMSS 2007 und PISA 2012 teilgenommen. SchülerInnen wurden mit zehn (PIRLS, TIMSS) und fünf Jahre später bei PISA in denselben Kompetenzbereichen (Lesen, Mathematik, Naturwissenschaften) getestet. Während der Sekundarstufe I kommt es zu markanten Verschiebungen zwischen diesen 11 EU-Staaten.

Österreichs SchülerInnen arbeiten sich während der Sekundarstufe I von den Plätzen 6, 8 und 8 auf die Plätze 3, 4 und 4 vor.

Deutschland, dessen Schulwesen mehr Differenzierung aufweist als das österreichische, rückt von den Plätzen 4, 4 und 4 auf die Plätze 1, 2 und 2 vor.

Italien fällt während der Gesamtschule von den Plätzen 1, 3 und 7 auf die Plätze 4, 7 und 9 zurück. Vielleicht auch für den Tiroler Landeshauptmann nicht uninteressant ...

Die angeblich so erfolgreiche Gesamtschule Skandinaviens bringt Schweden von den Plätzen 9, 3 und 7 auf die Plätze 10, 8 und 10 unter den elf vergleichbaren EU-Staaten.

WER PISA-, PIRLS- UND TIMSS-ERGEBNISSE VERGLEICHT, SIEHT:

PolitikerInnen und „ExpertInnen“, die behaupten, PISA spreche für die Einführung der Gesamtschule, beweisen ihre Ahnungslosigkeit oder Unredlichkeit.

fakt ist ...

MATHEMATIK:

Land	Platzierung mit 10 Jahren	Platzierung mit 15 Jahren
Niederlande	2	1
Deutschland	4	2
Österreich	8	3
Slowenien	11	4
Dänemark	5	5
Lettland	1	6
Italien	7	7
Slowakische Republik	10	8
Litauen	3	9
Schweden	9	10
Ungarn	6	11

fakt ist ...

LESEKOMPETENZ:

Land	Platzierung mit 10 Jahren	Platzierung mit 15 Jahren
Niederlande	5	1
Deutschland	4	2
Dänemark	6	3
Italien	1	4
Österreich	8	4
Lettland	7	6
Ungarn	2	7
Schweden	3	8
Slowenien	11	9
Litauen	9	10
Slowakische Republik	10	11

fakt ist ...

NATURWISSENSCHAFTEN:

Land	Platzierung mit 10 Jahren	Platzierung mit 15 Jahren
Deutschland	4	1
Niederlande	8	2
Slowenien	9	3
Österreich	6	4
Lettland	1	5
Dänemark	10	6
Litauen	11	7
Ungarn	2	8
Italien	3	9
Schweden	7	10
Slowakische Republik	5	11



ZUGESPITZT		
Beschränkt, verschränkt ... sonst noch etwas?		gymnasium 1/2013, S. 2
Fähig oder willig?		gymnasium 6/2013, S. 2
„Gleich“ oder „gleichwertig“?		gymnasium 3/2013, S. 2
Ja, dürfen s' denn das?		gymnasium 4/2013, S. 2
„Und bist du nicht willig ...“		gymnasium 5/2013, S. 2
24?		gymnasium 2/2013, S. 2
EDIT		
	Mag. Dr. Eckehard Quin	gymnasium 1/2013, S. 3 gymnasium 2/2013, S. 3 gymnasium 3/2013, S. 3 gymnasium 4/2013, S. 3 gymnasium 5/2013, S. 3 gymnasium 6/2013, S. 3
TOP THEMA		
Das neue Lehrerdienstrecht. Zum Hallelujah-Singen oder zum Aus-der-Haut-Fahren?	Mag. Dr. Eckehard Quin	gymnasium 5/2013, S. 4
Die subversive Kraft der störrischen Lehrer	Mag. Dr. Eckehard Quin	gymnasium 6/2013, S. 4
Reformitis. Reformen kritisch beleuchtet	Mag. Herbert Weiß	gymnasium 4/2013, S. 4
Schule des geistigen Seitensprungs	Mag. Dr. Eckehard Quin	gymnasium 1/2013, S. 4
Statistik und Politik	Mag. Michael Zahradnik	gymnasium 2/2013, S. 4
Warten auf Godot. Das neue Lehrerdienstrecht	Mag. Dr. Eckehard Quin	gymnasium 3/2013, S. 4
GUT ZU WISSEN		
Befristete Dienstverhältnisse	Mag. Peter Friebel	gymnasium 6/2013, S. 10
Bildungsförderungsbeitrag NEU	Mag. Verena Nägele	gymnasium 1/2013, S. 13
Die wichtigsten Neuerungen für 2013	Mag. Dr. Eckehard Quin	gymnasium 2/2013, S. 8
Ein Jahr Pause – aber nach welchem dienstrechtlichen Modell? (Teil 2)	Mag. Peter Friebel	gymnasium 1/2013, S. 8
Familienunterstützung 2013	Mag. Verena Hofer	gymnasium 5/2013, S. 20
Pensionsberechnung für beamtete AHS-LehrerInnen	Mag. Herbert Weiß	gymnasium 3/2013, S. 11
Wegweiser durch den Sozialversicherungs-Dschungel (Teil 1)	Mag. Herbert Weiß	gymnasium 5/2013, S. 16
Wegweiser durch den Sozialversicherungs-Dschungel (Teil 2)	Mag. Herbert Weiß	gymnasium 6/2013, S. 8
Werbungskosten (Teil 1)	Mag. Herbert Weiß	gymnasium 1/2013, S. 10
Werbungskosten (Teil 2)	Mag. Herbert Weiß	gymnasium 2/2013, S. 11
Werbungskosten (Teil 3)	Mag. Herbert Weiß	gymnasium 3/2013, S. 8
IM FOKUS		
Chancengleichheit?	Mag. Wolfgang Schüpany	gymnasium 2/2013, S. 18
Der finnische Gesamtschul-Schmäh	Mag. Verena Hofer	gymnasium 6/2013, S. 13
Der Leistungsstand unserer 10-Jährigen (Teil 1)	Mag. Gerhard Riegler	gymnasium 2/2013, S. 15
Der Leistungsstand unserer 10-Jährigen (Teil 2)	Mag. Gerhard Riegler	gymnasium 3/2013, S. 16

Der Leistungsstand unserer 10-Jährigen (Teil 3)	Mag. Gerhard Riegler	gymnasium 4/2013, S. 18
Die pädagogische Output-Orientierung und ihre Nebenwirkungen	Univ.-Prof. Dr. Bernd Hackl	gymnasium 6/2013, S. 16
Die Qual der Wahl	Mag. Dr. Eckehard Quin	gymnasium 4/2013, S. 14
Filmwettbewerb Ausschreibung		gymnasium 1/2013, S. 18
Filmwettbewerb gymn@sium4u	Mag. Verena Hofer	gymnasium 5/2013, S. 9
Standardisierte Reifeprüfung in Mathematik	Mag. Wolfgang Faber	gymnasium 3/2013, S. 18
Supportpersonal – Wunder Punkt in Österreich	Mag. Matthias Hofer	gymnasium 3/2013, S. 13
The american way of education	Mag. Eva Teimel	gymnasium 5/2013, S. 13
LANDESLEITUNG AKTIV		
Pressekonferenz der Schulpartner in Tirol	Mag. Verena Nägele	gymnasium 1/2013, S. 15
Tag des Gymnasiums in Niederösterreich	Mag. Eva Teimel	gymnasium 1/2013, S. 14
BUNDESLEITUNG AKTIV		
Frühjahrstagung der Erweiterten Bundesleitung	Mag. Verena Nägele	gymnasium 4/2013, S. 8
Sprechstunden 2013		gymnasium 6/2013, S. 20
FACTS STATT FAKES		
	Mag. Gerhard Riegler	gymnasium 1/2013, S. 20 gymnasium 2/2013, S. 20 gymnasium 3/2013, S. 20 gymnasium 5/2013, S. 21 gymnasium 6/2013, S. 21
MENSCHEN		
		gymnasium 1/2013, S. 21 gymnasium 2/2013, S. 21 gymnasium 3/2013, S. 21 gymnasium 4/2013, S. 21 gymnasium 5/2013, S. 22 gymnasium 6/2013, S. 22
SERVICE		
		gymnasium 1/2013, S. 22 gymnasium 2/2013, S. 22 gymnasium 3/2013, S. 22 gymnasium 4/2013, S. 22 gymnasium 5/2013, S. 22
AKTUELLE SEITE		
Demokratie-Verständnislosigkeit	Mag. Dr. Eckehard Quin	gymnasium 1/2013, S. 23
Die neue Qualität der Politik	Mag. Dr. Eckehard Quin	gymnasium 5/2013, S. 23
Geld oder Leistung?	Mag. Dr. Eckehard Quin	gymnasium 6/2013, S. 23
„Schwach ausgeprägte Kompetenz“	Mag. Dr. Eckehard Quin	gymnasium 2/2013, S. 23
Schuldsvermutung	Mag. Dr. Eckehard Quin	gymnasium 3/2013, S. 23
„Sozialpartnerschaft“	Mag. Dr. Eckehard Quin	gymnasium 4/2013, S. 23
NACHGESCHLAGEN		
	Mag. Dr. Eckehard Quin	gymnasium 1/2013, S. 24 gymnasium 2/2013, S. 24 gymnasium 3/2013, S. 24 gymnasium 4/2013, S. 24 gymnasium 5/2013, S. 24 gymnasium 6/2013, S. 24

MAG. VERENA HOFER,
PRESSEREFERENTIN DER
AHS GEWERKSCHAFT
verena.hofer@goed.at

Foto: Tommy Seifert



Vorteile für GÖD-Mitglieder

Für GÖD-Mitglieder gibt es immer wieder tolle Angebote bei verschiedenen Partnern. Einen Überblick über sämtliche Leistungen erhalten Sie auf der neuen Homepage www.goedvorteil.at sowie auf den Service-Seiten der Bundesländer.

Ein Auszug:

ÖGB KARTENSTELLE

Konzerte, Kabarets, Musical, Theateraufführungen – es gibt für verschiedenste Veranstaltungen vergünstigte Karten. Bestellungen sind unter Tel. 01/53 444 39 – 675 oder per Mail unter ticketsservice@oegb.at möglich. Informationen zum Veranstaltungsprogramm sowie das Monatsmagazin cult & card findet man unter <http://kartenstelle.oegb.at>

STYRIA MULTI MEDIA VERLAG

Mit dem Kennwort „Spezialangebot“ erhält man verschiedene Jahresabos des styria multi media Verlages deutlich günstiger. Nähere Informationen unter http://tirol.goed.at/images/stories/pdf/spezialangebot_abo_styria_multi_media.pdf.

GÜNSTIG SCHIFAHREN MIT DEM ÖGB

Mitglieder sparen in 14 Schigebieten bis zu 50 Prozent!

So geht's: Einfach an der Kassa die ÖGB-Mitgliedskarte (GÖD-Mitgliedskarte) vorweisen. Familienmitglieder müssen sich mit der e-card ausweisen. Genauere Informationen über Schigebiete und Gültigkeitsdauer unter http://www.mitgliederservice.at/cs/Satellite?c=Content&cid=1342539741771&n=S06_50.a&pagename=S06%2Findex

Gratisurlaub ...

... wenn Sie bereit sind, für den Urlaub Ihr Heim oder Ihren Zweitwohnsitz zu tauschen. Sie wohnen kostenlos. Ihr Heim ist behütet. Tausende Angebote aus Europa und Übersee. Informieren Sie sich über das reichhaltige Angebot in unserem Internet-Tauschbuch: www.intervac-homeexchange.com. 60 Jahre Intervac International garantieren Ihre Zufriedenheit. Nützen Sie unser Probierangebot.

INTERVAC AUSTRIA

OSR HSDir. Hans Winkler, Pestalozzistr. 5, 9100 Völkermarkt

Tel.: 04232-3838, E-Mail: winkler@intervac.at

Homepages: www.intervac-homeexchange.com; www.intervac.at

Service für unsere Mitglieder

HABEN SIE FRAGEN? BRAUCHEN SIE HILFE?

Tel.: 01/405 61 48

Fax: 01/403 94 88

E-Mail: office.ahs@goed.at

In allen dienst- und besoldungsrechtlichen Angelegenheiten beraten wir Sie gern oder suchen für Sie eine Lösung! Anfragen können nur unter Angabe der Mitgliedsnummer behandelt werden!

Adresse: AHS-Gewerkschaft
Lackierergasse 7
1090 Wien

Bitte geben Sie zur Erhaltung Ihrer Ansprüche

ÄNDERUNGEN IHRER ADRESSE, IHRES NAMENS ODER KARENZURLAUBE

möglichst rasch unserem Büro bekannt.

Adresse: AHS-Gewerkschaft
Lackierergasse 7
1090 Wien

Bei Karenzurlauben bitten wir um Angabe der Art (bezahlt oder unbezahlt), der voraussichtlichen Dauer und des voraussichtlichen Geburtstermines.

ÖFFENTLICHES MEDIUM
Dieses Medium liest der



»OBSERVER«

Medienbeobachtung & Analyse
www.observer.at

Schüler-Unfallversicherungen bieten nur wenig Schutz

Zum Semesterbeginn werden in österreichischen Schulen oft Zahlscheine „für die Unfallversicherung“ verteilt. Diese kosten meist nur um die fünf Euro, versprochen wird ein erweiterter Versicherungsschutz in der Schule und bei Schulveranstaltungen. Was dabei genau gedeckt ist, bleibt in der Regel unklar. VKI-Recherchen zeigen: Im Ernstfall sind die Leistungen viel zu gering.

Prinzipiell gilt, dass Unfälle in der Schule und auf dem Schulweg durch die gesetzliche Pflichtversicherung bei der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) gut abgedeckt sind, ebenso Unfälle bei einer Schulland- oder Schulsportwoche. Nicht versichert sind dagegen Unfälle in der Freizeit, etwa zu Hause oder beim Sport – es sei denn, das Kind verfügt über eine zusätzliche Versicherung.

Der Schutz, der hier von einigen Schüler-Unfallversicherungen angeboten wird, ist aber viel zu gering, um die Folgen eines Unfalls tatsächlich wirksam abzufangen. Bei Dauerinvalidität sind meist Einmalzahlungen

zwischen 10.000 und 20.000 Euro vorgesehen. Das reicht bei Weitem nicht, um die Kosten für Pflege oder einen umfangreichen Wohnungsumbau abzudecken. Tipps der VKI-Experten:

- Statt einer Schüler-Unfallversicherung besser einen umfassenden, privaten Unfallschutz mit ganzjähriger, weltweiter Deckung abschließen. Entsprechende Polizen gibt es für ein zehnjähriges Kind bereits ab etwa 34 Euro im Jahr.
- Möglicherweise ist auch ein Freizeit-Unfallschutz für die ganze Familie sinnvoll. Hier sollte allerdings darauf geachtet werden, dass alle Familienmitglieder gleichberechtigt geschützt werden (manche Versicherer sehen zum Beispiel 100 Prozent Deckung für den Familienerhalter vor, für Kinder dagegen deutlich weniger).

Mehr Informationen zum Thema gibt es online unter www.konsument.at. (Von Mag. Verena Hofer)



Lernen 2.0

Blended Learning und E-Learning ergänzen immer öfter herkömmliche Lernszenarien. Wie diese Lernformen richtig geplant und mit welchen Tools sie erfolgreich umgesetzt werden, erfahren Sie im Crashkurs „E-Learning für die Lehre“.

Zielgruppe: Lehrende aus allen Bildungssektoren
Kurstermin: 7. März 2014
Vortragender: Christopher Hanzl, BEd MA
Teilnahmegebühr: € 160 inklusive MwSt
Beratung: +43 1 606 68 77-8800 und academy@fh-campuswien.ac.at

www.campusacademy.at



Auszeichnungen und Ernennungen

DER BUNDESPRÄSIDENT HAT ERNANNT:

Prof. OStR Mag. Günter Czetina	zum Direktor am BG/BRG Gmünd, NÖ
Mag. Maria Reitgruber	zur Direktorin am BG/BRG Berndorf, Bezirk Baden

DER BUNDESPRÄSIDENT HAT VERLIEHEN:

DEN TITEL OBERSTUDIENRÄTIN / OBERSTUDIENRAT:

Mag. Barbara Brändle-Oswald	Prof. am BRG Wien XI, Glasergasse
Mag. Dorothea Haslauer	Prof. am PG der Herz-Jesu-Missionare in Salzburg, Schönleitenstraße
Mag. Marfin Wurm	Prof. am BG/BRG/BORG Oberpullendorf

DER BUNDESPRÄSIDENT HAT WEITERS VERLIEHEN:

DAS GOLDENE EHRENZEICHEN FÜR VERDIENSTE UM DIE REPUBLIK ÖSTERREICH:

OStR Mag. Ernst Minatti	Prof. am Akademischen Gymnasium in Innsbruck, Angerzellgasse
-------------------------	--

DAS BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST HAT BESTELLT:

Prof. Mag. Claudia Reinsperger	zur Direktorin des BG/BRG Stockerau, Bezirk Korneuburg
Prof. Mag. Christian Sitz	zum Direktor des BRG Waidhofen an der Ybbs
Prof. Mag. Birgitta Stieglitz-Hofer	zur Direktorin des BG/BRG Biondekgasse in Baden
Prof. Mag. Bernd Vogel	zum Direktor des BG/BRG in Wien XVII, Parhamerplatz
Prof. Mag. Margit Wochesländer	zur Direktorin des BG/BRG in Wien X, Pichelmayergasse

DIE BUNDESLEITUNG GRATULIERT IHREN GEWERKSCHAFTSMITGLIEDERN!

OFFENLEGUNG GEMÄSS MEDIENGESETZ § 25

Wirtschaftsbetriebe Ges. m. b. H. der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, 1010 Wien, Teinfaltstraße 7. Unternehmensgegenstand: Herstellung und Verbreitung literarischer Werke aller Art. Geschäftsführung: Otto Aiglsperger. Einziger Gesellschafter: Bildungs- und Presseverein der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Sitz: Wien. Betriebsgegenstand: Herstellung und Verarbeitung sowie Verlag literarischer Werke aller Art. Die Blattlinie entspricht jenen Grundsätzen, die in den Statuten und der Geschäftsordnung der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (Fassung gemäß Beschluss durch den 16. Gewerkschaftstag der GÖD) festgehalten sind.

MAG. DR. ECKEHARD QUIN,
VORSITZENDER DER
AHS-GEWERKSCHAFT
eckehard.quin@goed.at

Die Dritte Republik

Christian Ortner beschrieb Mitte November 2013 die Farce um die Größe des „Budgetlochs“ als eines „der größten politischen Betrugsmanöver der Zweiten Republik [...] mit dem einzigen erkennbaren Ziel, noch ein paar Jahre an den Futtertrögen bleiben zu dürfen.“¹ Das neue Lehrerdienstrecht liefert einen zusätzlichen Mosaikstein für dieses Bild.

Ich möchte jetzt gar nicht davon reden, welche Zumutung eine im Schnitt 30-prozentige Arbeitszeiterhöhung für ArbeitnehmerInnen ohne jeglichen Lohnausgleich darstellt.

Ich möchte auch nicht von dem Anschlag auf die Schulqualität sprechen, wenn zukünftig deutlich kürzer ausgebildete LehrerInnen unsere Kinder unterrichten sollen – und das sogar gegen ihren Willen ein Semester lang in jedem beliebigen Fach und ein Jahr lang an jeder beliebigen Schulart. PolitikerInnen sollten aufhören, wenn der Bundeselternverband, der die Eltern der 400.000 SchülerInnen an Gymnasien und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen vertritt, ankündigt, er werde „Kampfmaßnahmen der Lehrer gegen den Beschluss des geplanten neuen Dienstrechts unterstützen.“² Er hat, wie tausende Eltern (und Großeltern!) auch, die Propagandalüge durchschaut und erkannt, welchen Schaden die Qualität des österreichischen Schulwesens durch das neue Lehrerdienstrecht erleidet.

Der inakzeptable Bruch der Sozialpartnerschaft soll hier ebenso wenig Thema sein wie die Verhöhnung der parlamentarischen Demokratie. 1.700 Stellungnahmen im Begutachtungsverfahren, ein Zigfaches der üblichen Anzahl, sind einzigartig in der Geschichte des österreichischen Parlaments. Mehr als 99 Prozent lehnen den Entwurf ab, und die Regierung besitzt die Dreistigkeit, diesen „Schmarr'n“ (© Fritz Neugebauer) nicht grundlegend zu überarbeiten. BM Heinisch-Hosek hat uns in den letzten Gesprächen im November dazu verraten, dass sie

nie vorgehabt hat, irgendetwas an den Eckpunkten des Entwurfs vom Mai 2012 zu ändern.

Aber genug von diesen Unglaublichkeiten. Ich möchte meinen Blick wie Christian Ortner auf die Finanzen richten, und jetzt, liebe Leserinnen und Leser, wird es wirklich skurril: Das neue Lehrerdienstrecht kostet lt. Berechnungen des Dienstgebers (!) Jahrzehnte hindurch mehr als das alte; die Einsparungen kommen erst danach. Rund 250 Millionen Euro Mehrausgaben bis 2019, Tendenz stark steigend, bis über 400 Millionen Euro pro Jahr ab 2034³ – und das bei einem „Budgetloch“, das etwa 35 Prozent des österreichischen Jahresbudgets entspricht, oder auch viel mehr, denn wer weiß das schon.

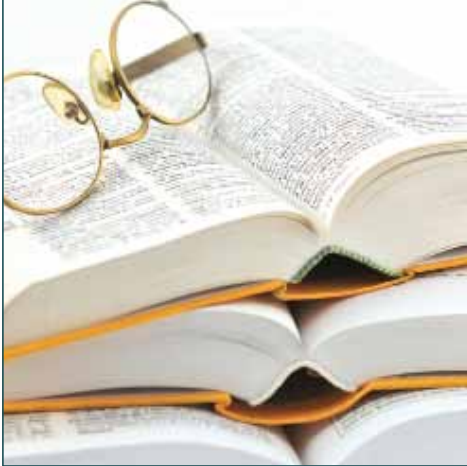
„Ganz offensichtlich ist bei SPÖ wie ÖVP das Wissen um den nahenden Abgang in die relative Bedeutungslosigkeit bereits so ausgebildet, dass sie sich nicht einmal mehr die Mühe geben zu verbergen, dass es ihnen um nichts anderes mehr geht, als die Jobs, die Macht und die Einkommen möglichst vieler Parteisoldaten abzusichern, so gut es geht, bevor die Koalition endgültig Geschichte geworden ist und die Dritte Republik, wie auch immer sie aussehen wird, anbrechen wird. [...] Ganz offensichtlich befreit das Wissen um das bevorstehende Ende einer politischen Epoche die Protagonisten dieser Epoche von jeglichen allenfalls noch in Resten vorhandenen Schamgefühlen. Ist das Land erst mal ruiniert, lebt sich's völlig ungeniert.“⁴ ■

¹ Ortner, Christian: Ist das Land erst mal ruiniert, lebt sich's völlig ungeniert. In: Presse online am 15. November 2013.

² Dienstrecht: Eltern würden Lehrerstreik unterstützen. In: Presse online vom 15. November 2013.

³ Siehe die Wirkungsorientierte Folgenabschätzung zur Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst, S. 9.

⁴ Ortner, Christian: Ist das Land erst mal ruiniert, lebt sich's völlig ungeniert. In: Presse online am 15. November 2013.



„Das neue Dienstrecht für die größte Berufsgruppe im öffentlichen Dienst ist ein Reformprojekt. Die Lehrkräfte würden dadurch entlastet, da sie weniger ungewollte Überstunden auf Grund zu gering bemessener Arbeitszeiten absolvieren müssten.“

BM Gabriele Heinisch-Hosek, Parlamentskorrespondenz vom 17. Dezember 2013

„Es handelt sich hier nicht um eine ‚Abflachung der Gehaltskurve‘, sondern um eine massive Gehaltskürzung bei zusätzlicher Arbeitszeitverlängerung. Inwiefern das in Zeiten ersten Lehrermangels eine sinnvolle Maßnahme und für Junge eine schmackhafte Lockkarotte sein kann, bleibt unverständlich.“

daStandard.at am 18. Dezember 2013

nachgeschlagen

„Es handle sich um den nächsten Anschlag auf die Qualität des Bildungssystems und damit um ein ‚Verbrechen an der Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen‘.“

**Dr. Walter Rosenkranz,
Bildungssprecher der FPÖ,
ORF online am 17. Dezember 2013**

„Bundesministerin Heinisch-Hosek hat uns in den letzten Gesprächen im November mehrfach mitgeteilt, dass sie ohnehin nie vorgehabt hat, an den Eckpunkten des Entwurfs vom Mai 2012 irgendetwas zu ändern.“

**Mag. Dr. Eckehard Quin, Vorsitzender
der AHS-Gewerkschaft, Presse-Chat am
11. Dezember 2013**



„Bei der Abstimmung über das Lehrerdienstrecht fehlten plötzlich vier der sechs steirischen ÖVP-Abgeordneten (Amon, Grillitsch, Karl, Schönegger). Sie hatten sich still und heimlich auf- und davongemacht. ‚Wir wollten ein Zeichen setzen‘, heißt es gegenüber der Kleinen Zeitung.“

**Kleine Zeitung online am
18. Dezember 2013**

P. b. b. ■ Erscheinungsort Wien ■ Verlagspostamt 1010 Wien ■ GZ 03Z035306M

Ein Ersuchen an den Briefträger: Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit.

Name

Straße/Nr.

Postleitzahl/Ort

Besten Dank